

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(77. - öffentliche - Sitzung am 8. Oktober 2021)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes und des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/8993](#)

Der Ausschuss schloss die Beratungen ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit den Änderungen in der Vorlage 9 (Vorlage des GBD) und den Änderungen in der Vorlage 10 (Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU) sowie den sich daraus ergebenden redaktionellen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Es soll ein schriftlicher Bericht erstattet werden. Die Berichterstattung übernahm die Abg. Thordies Hanisch (SPD).

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Gesetzentwurfs durch. Hierzu lag ihm die Vorlage 2 des GBD vor.

Er verständigte sich darauf, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen als Votum einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

3. a) **Mobilitätswende jetzt! Reaktivierungsprozess von Bahnstrecken in Niedersachsen fortsetzen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1399](#)

hierzu: Eingaben 01455/06/18 und 01456/06/18

b) **Reaktivierung von Bahnstrecken und Bahnstationen in Niedersachsen zielgerichtet fortsetzen - Voraussetzungen für die GVFG-Förderung des Bundes vereinfachen und Standardisiertes Bewertungsverfahren zügig überarbeiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9401](#)

c) **Reaktivierung von Bahnstrecken in Niedersachsen vorantreiben - Engagement fördern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9542](#)

Der Ausschuss hatte sich in der 72. Sitzung am 25. Juni 2021 verständigt, eine schriftliche Unterrichtung der Landesregierung einzuholen und im Anschluss daran auf der Grundlage der dadurch erlangten Erkenntnisse die Aussichten einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative zur Reaktivierung von Bahnstrecken auszuloten. Auf Anregung des Abg. Frank Henning (SPD) kam der Ausschuss überein, dass zunächst

die erst seit Kurzem vorliegende schriftliche Stellungnahme der Landesregierung vom 28. September 2021 ausgewertet und danach der Versuch unternommen wird, einen von allen Fraktionen getragenen Entschließungsantrag zu formulieren.